

Conway, Peter, *The New Zealand Experiment, 1984-99*. Paper presented at the GPN Asia/Pacific Regional Meeting, September 2002, Bangkok

Der Autor, Ökonom beim New Zealand Council of Trade Unions, fasst die desaströsen Folgen der außergewöhnlich harten neoliberalen Privatisierungen und der Arbeitsmarktreformen zusammen. Die Besonderheit gegenüber den von Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA vollzogenen politischen Brüchen ist, dass Neuseeland im Gegensatz zu den anderen beiden Ländern einen weiter entwickelten Wohlfahrtsstaat besaß und der staatliche Sektor den größten Teil der Ökonomie dominierte (1f). Umso tiefer veränderte die konsequent neoliberale Politik der konservativen Regierungen ab 1984 die Gesellschaft. Um die Abhängigkeit des ökonomischen Wachstums von steigenden Staatsausgaben und einem sich auf alle gesellschaftliche Bereiche ausdehnenden Staatssektor zu brechen wurde ein kompletter paradigmatischer Wechsel eingeleitet: privater Konsum sollte die staatliche Nachfrage ersetzen, ermöglicht durch radikale Steuersenkungen und weitestgehende Privatisierung, der als überwiegend 'ineffizient' eingeschätzten Staatsbetriebe. Über 40 davon, die zusammen 80% des Gesamtwerts staatlich gehaltener Unternehmensanteile repräsentieren, wurden privatisiert (4). Nicht die Bewältigung der ökonomischen Krise stand dabei im Vordergrund, als vielmehr eine vollständige „Restrukturierung von Staat“ und Gesellschaft (3). Dies wird u.a. daran deutlich, dass die Konsolidierung der Haushalte zunächst vernachlässigt wurde und der Verkauf der staatseigenen Unternehmen deutlich unter ihrem realen Wert erfolgte (4). Ein Beispiel ist die Privatisierung der Telecom, für 4,25 Mrd. US-\$ im Juni 1990 – seither hat das Unternehmen allein 5,5 Mrd. Dollar an Dividenden ausgezahlt und sein Wert wird auf 16,6 Mrd. beziffert (16). Der größte Teil der Anteile aller Privatisierungen ging dabei an ausländische Investoren (79%), was auch zur Anfälligkeit der Finanzmärkte führte (17). Ergebnis der Privatisierungen war eine „deutliche Verschlechterung der Qualität öffentlicher Dienstleistungen“ (3). Das spektakulärste Beispiel lieferte die Privatisierung von Eisenbahn und Stromversorgern. Die Investoren zogen enorme Profite aus den Unternehmen, entließen Zehntausende von Beschäftigten, vernachlässigten Investitionen und waren nach kurzer Zeit nicht mehr in der Lage, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Es kam zu mehreren Zusammenbrüchen der Stromversorgung in der Hauptstadt und zur Stilllegung zahlreicher Bahnstrecken (insbesondere im Nahverkehr). Transrail versuchte daraufhin das Unternehmen in Einzelteile zu zerlegen und die lukrativen Bestandteile zu verkaufen. Nun sieht sogar der Unternehmensverband Neuseelands eine „Notwendigkeit zur Überarbeitung der Reformen“ (17). Teile der Infrastrukturen könnten wieder in die staatliche Obhut gegeben werden.

Den Schwerpunkt legt Conway auf die Folgen von Privatisierung und der 1991 implementierten neuen Arbeitsgesetzgebung für den Arbeitsmarkt. Schon durch die Öffnung der Märkte und die nahezu vollständig Aufhebung aller tariflichen Handelschranken nach 1984 verlor das Land große Teile seiner unter diesen Bedingungen nicht konkurrenzfähigen industriellen Produktion. Eine forcierte Exportpolitik setzte auf den Agrarsektor (5). Im Zuge der Privatisierung und neuer Gesetzgebung kam es zum Ende der Industriepolitik, zum Bruch des tripartischen Kompromisses und zu einem Abbau von Vollzeit Arbeitsplätzen (6). Prekarisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen führen zur Schwächung der Arbeiter gegenüber dem Kapital (5f). Druck auf die Beschäftigten und Machtlosigkeit der Gewerkschaften ging einher mit einer Halbierung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades zwischen 1991 und 2000 (9). Die Reallöhne sanken bis 1997 auf das Niveau von 1974, die Lohnquote fiel um 10 auf unter 50%, das Pro-Kopf-Einkommen sank von 95% des OECD-Durchschnitts auf 80,6% (1995) (12). Allerdings, so Conway, war dies von den 'Reformern' auch erwartet worden: die damit verbundene Lohnspreizung sollte die Anreizstruktur auf dem Arbeitsmarkt verbessern (8). Tatsächlich kam es zu einer

einschneidenden Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Die Zentralbank geht davon aus, dass es 1996 90% der Bevölkerung schlechter geht als 1981 (18). Einkommensinduzierte Armut wird auch durch Privatisierungen von anderer Seite verstärkt: Der Verkauf staatlicher Wohnungsbaugesellschaften und die Aufgabe staatlich finanzierten sozialen Wohnungsbaus führt zum Anstieg der Mieten und zwingt arme Haushalte zur Aufgabe ihrer Bleibe (19). Das 'öffentliche Gut' bezahlbarer Unterkünfte wird nicht mehr aufrechterhalten.

Trotz Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Senkung der Reallöhne kam es allerdings nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, obwohl die Erwerbsquote gegenüber den 1980er Jahren sank, stieg die Arbeitslosigkeit in den 90er Jahren noch an (10). Auch die OECD attestierte, dass es also keinen nachweisbaren Zusammenhang „zwischen Beschäftigungsschutz und Arbeitslosigkeit“ gebe. Stattdessen führte die Form der neuen Produktionsverhältnisse Neuseeland auf einen Pfad „niedriger Löhne und niedriger Produktivität“ (ebd.). Die Privatisierung führte nicht zu höherer Effizienz als vielmehr zur deutlichen Senkung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (nur 20% des OECD-Durchschnitts). Unternehmen verfolgten eher ein simples „cost-cutting als eine innovative Perspektive“ (17). Dies schwächte insgesamt die Konkurrenzfähigkeit der neuseeländischen Ökonomie. Das Land musste im Zuge neoliberaler Restrukturierung von 1986-92 eine im OECD-Raum einzigartige lange Rezession von sechs Jahren durchstehen und das Wachstum blieb auch danach (v.a. gegenüber Australien) unterdurchschnittlich (12). Das gegenwärtig höhere Wachstum ist vorwiegend auf den privaten Konsum auf Kosten eines dramatischen Anstieges der Verschuldung privater Haushalte (auf 92% des Haushaltseinkommens) zurückzuführen (16), bleibt also – ähnlich wie in den USA – prekär.

Conway resümiert, dass „Neuseeland-Experiment“ sei komplett „gescheitert“ (27). Er bleibt allerdings eine Erklärung schuldig, wie es solange Bestehen bleiben konnte. Erst 1999 konnte eine Labour-geführte Regierung das orthodox-neoliberale Projekt beenden. Dieser wiederum gesteht Conway einen weitreichenden Paradigmenwechsel zu (20ff). So scharf seine Kritik gegenüber der neoliberalen Orthodoxie war, so kritiklos steht er dem sozialdemokratischen Neoliberalismus gegenüber. Er streicht die gestärkte, wenn auch veränderte Rolle des Staates unter Labour heraus, verfehlt dabei, dass die Elemente des 'aktivierenden Staates', die er so zustimmend aufzählt, die Politik neoliberaler mikro- und makroökonomischer Stabilität, fortschreitender Ökonomisierung und Liberalisierung etc. auf konsensuallere Weise weiterführt. Der Neoliberalismus ist in den Institutionen des Staates fest verankert und kann seine anti-staatliche Rhetorik ablegen. Wirkliche Deprivatisierung ist nicht angezielt – im Gegenteil wird die Privatisierung auf anderen Feldern (etwa der sozialen Sicherung) mit vermindertem Tempo vorangetrieben. Stattdessen träumt Conway von „harmonischeren Arbeitsbeziehungen“ und einem „fairen Klima“ zwischen Gewerkschaften und Unternehmen, hält „Meditation für den besten Weg zur Lösung von Problemen“ (20). Trotz dieser Blauäugigkeit gegenüber Labour, die nach der Wahl 2002 erneut die Regierung stellen (diesmal nicht mit einer Linkskoalition, sondern toleriert von der rechten United Future), bleibt Conways Bilanz der Folgen der radikalen Privatisierung und Arbeitsmarktflexibilisierung in Neuseeland instruktiv. Schließlich steht mit den Verhandlung um das GATS-Abkommen die nächste Welle der Privatisierungen auf transnationaler Ebene noch bevor.

Mario Candeias (Berlin)